



Betreff:

öffentlich

Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam

Einreicher: FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung	Erstellungsdatum	19.03.2014
	Eingang 922:	19.03.2014

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.04.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Grundsätze der Potsdamer Erinnerungskultur und
2. Handlungsvorschläge zur städtischen Erinnerungskultur (gemäß Anlage)

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen?

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

Fazit Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung von Veranstaltungen aus dem Konzept zur Erinnerungskultur im Jahr 2014 erfolgt aus Repräsentationsmitteln (Produkt 1110900, Konto 5271400).

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
	3				30	geringe

Begründung:

Die Erinnerungs- und Gedenkkultur, die sich seit 1990 in Potsdam entwickelt hat, ist facettenreich und wird von Vereinen, Verbänden und Schülerinitiativen getragen. Dennoch wurde immer wieder ein städtisches Gedenkkonzept vermisst. Die vorliegende Konzeption fundamntiert nicht das Ende einer Debatte, sondern ist die Basis für den Aufbau einer aktiven Erinnerungskultur, die auch nach dem Übergang vom kommunikativen in das kulturelle Gedächtnis nicht in leeren Ritualen erstarrt.

Werdegang:

Im Dezember 2012 führte Oberbürgermeister Jann Jakobs eine erste Gesprächsrunde mit Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Verbänden und Stadtfractionen zum städtischen Gedenken. Klar formuliert wurde von allen Beteiligten der Auftrag an die Landeshauptstadt, am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar mit einer eigenen Gedenkveranstaltung aktiv zu werden. Außerdem wurde deutlich, dass angesichts der thematischen Vielfalt nur ein öffentlicher Diskussionsprozess dazu führen kann, gemeinsam die Grundsätze einer demokratischen Gedenk- und Erinnerungskultur für Potsdam zu entwickeln. Der Vorschlag von Oberbürgermeister Jann Jakobs ein Beteiligungsverfahren durchzuführen wurde wohlwollend aufgenommen.

Dafür wurde im Januar 2013 (für die Dauer 1 Jahres) auf Honorarbasis die Stelle einer Koordinatorin für die Begleitung des Beteiligungsverfahrens einer städtischen Erinnerungskonzeption geschaffen.

Das Beteiligungsverfahren:

An mehr als 120 Vereine, Opferverbände, Geschichtsinstitute, Bürgerinitiativen, Begegnungs- und Gedenkstätten sowie an politische Akteure wurde ein Thesenpapier mit Fragenkatalog verschickt. Rund 40 teilweise sehr umfangreiche Stellungnahmen gingen ein. Sie wurden auf der für das Gedenk- und Erinnerungskonzept eingerichteten Internetseite www.gedenkkonzept-potsdam.de veröffentlicht und in einer Synopse zusammengefasst.

Die erste Frage des Fragenkatalogs bezog sich auf die Erinnerungsorte und Gedenktage mit Bezug zur Stadt Potsdam. Historische Orte wurden in den Stellungnahmen zuallererst genannt, aber auch später geschaffene Erinnerungsorte wie Denkmäler und Gedenktafeln. Eine weitere Frage bezog sich auf die für das Jahr 2013 geplanten Veranstaltungen. Die dritte Frage nach den Prioritäten und den Defiziten der Gedenkkultur. Und die Vierte fragte nach den Formen und der Nachhaltigkeit des Gedenkens. Ein zentraler Gedenkort wurde mehrheitlich nicht für sinnvoll gehalten.

Schritt zwei war ein sogenanntes Werkstattgespräch, zu dem am 19. März 2013 alle Interessierten in das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte geladen waren. Nach einer kurzen Auswertung der Stellungnahmen folgte die Vorstellung eines Konzepts einer Gruppe von Studierenden der Fachhochschule Potsdam ein umfassendes Beleuchtungs- und Informationskonzept für die Glienicker Brücke vor, das im Rahmen eines Projekts im Fachbereich Design entstanden ist. Ziel ist es, die politische und historische Bedeutung der Glienicker Brücke vor Ort angemessen zum Ausdruck zu bringen. Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Nachklang der Veranstaltung beschlossen, die Umsetzung dieses Konzepts als Referenzprojekt zum Gedenken und Erinnern besonders zu unterstützen.

Unter der Moderation des Historikers Thomas Schaarschmidt vom Zentrum für Zeithistorische Forschung arbeiteten danach in Arbeitsgruppen die Teilnehmenden zu verschiedenen Fragen und präsentierten im Anschluss ihre Ergebnisse.

Am 12. Juni 2013 fand im Potsdam Museum eine öffentliche Anhörung statt, zu der externe Experten eingeladen waren, die über bereits umgesetzte Gedenk- und Erinnerungsprojekte berichteten. Im zweiten Teil der Veranstaltung gab es im Rahmen eines World Cafés die Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, Themen zu vertiefen und konkrete Vorschläge in immer wieder neu zusammengesetzten Gruppen zu diskutieren.

Beide Veranstaltungen wurden dokumentiert, die Dokumentation jeweils veröffentlicht. Eine erste öffentliche Präsentation des Beteiligungsverfahrens zur städtischen Erinnerungskonzeption wurde im Rahmen der ECCAR-Städtetagung im Oktober 2013 in Nancy realisiert.

Aus den Diskussionsergebnissen wurden zum einen Grundsätze der Potsdamer Erinnerungskultur abgeleitet und zum anderen ein Handlungskonzept zur Potsdamer Erinnerungskultur entwickelt, mit dem sich die Landeshauptstadt Potsdam zur Umsetzung bestimmter Ziele und Maßnahmen im Themenfeld Gedenken und Erinnern in Potsdam verpflichtet.

Zeitliche Umsetzung:

Die Umsetzung erfolgt umgehend nach Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung. Die Gedenk- und Erinnerungstage, die im Jahr 2014 liegen bzw. Planungen zu größeren Gedenkveranstaltungen werden und wurden bereits im Sinne der Handlungsempfehlungen des Erinnerungskonzeptes umgesetzt.

Anlage:

Anlage 1 – Konzept Erinnerungskultur

Anlage 2 – finanzielle Auswirkungen